Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Portozuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 320. Montag den 18. November 1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Hamburg, 16. November Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Berlin-Hamburger 86, $85\frac{1}{2}$. Köln-Minden 88. Magdeburg-Wittenberge $50\frac{1}{2}$. Nordbahn $31\frac{1}{4}$.

Hamburg, 16. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt still. Oel stiller. Kaffee unverändert. Zink 1000 Ctnr. p. November, Dezember 10.

Stettin, 16. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen stille $34\frac{3}{4}$, p. Frühjahr 39 Br. Rüböl p. Winter $11\frac{1}{3}$, p. Frühjahr $11\frac{1}{2}$ Br. Spiritus 22, p. Frühjahr 20 Br.

Frankfurt a. M., 16. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn $38\frac{1}{2}$. $4\frac{1}{2}$% Metalliq. $65\frac{1}{2}$. 5% Metalliques $75\frac{1}{2}$. Bankaktien 1102. Loose 147, $93\frac{1}{2}$. Spanier $33\frac{1}{8}$. Badische Loose $31\frac{1}{4}$. Kurhess. $31\frac{1}{8}$. Wien $96\frac{1}{2}$.

Karlsruhe, 16. November. Die Volkskammer stimmte für Verbleiben bei der Union.

Salzburg, 13. November. Selbst der Rest des vorarlbergischen Truppenkorps hat die tirolische Grenze passirt und sich nach Bamberg in Marsch gesetzt.

Paris, 14. November, Abends 8 Uhr. Der Minister Baroche hat sich dagegen ausgesprochen, daß die gesetzgebende Versammlung ihre eigene Polizei ausübe und dies der Kommission angezeigt. Man erwartet dieserhelb ein zufriedenstellendes Arrangement, da andernfalls Baroche und Carlier ihre Demission einreichen würden.

Gerüchte sprechen von einer englischen Vermittelung zwischen Oesterreich und Preußen und daß Frankreich ein Separat-Votum nach Berlin gesandt habe.

Heut hielt der oberste Unterrichtsrath seine erste Sitzung. Ein neues Journal unter dem Titel „Vote universel" ist erschienen.

Madrid, 9. November. Die Deputirten-Kammer hat sich konstituirt. Man erwartet die Vorlage eines ministeriellen Preßgesetz-Entwurfs.

Paris, 14. November, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 95. 5% 93, 20.

Amsterdam, 15. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Integrale $54\frac{3}{4}$. Spanische inländische Schuld $33\frac{1}{16}$. $2\frac{1}{2}$% Metalliques $37\frac{1}{4}$. 5% Metalliques $70\frac{1}{2}$. 5% neue Metalliques $74\frac{7}{8}$. Russische 4% Hope (1840) $85\frac{1}{4}$. Russ. 4% Oblig. (Stieglitz und Comp.) $84\frac{3}{4}$. Neue russische Anleihe $93\frac{3}{4}$.

Amsterdam, 15. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. November $58\frac{1}{2}$, p. Frühjahr $60\frac{1}{2}$. Rüböl p. November $35\frac{1}{4}$, p. Frühjahr $35\frac{1}{2}$. Roggen partienweise fest.

Preußen.

Berlin, 16. Nov. Der Erb-Land-Mundschenk von Pommern, v. Heyden-Linden ist nach Tützpatz abgereist.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 102ter königlichen Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 5000 Rtlr. auf Nr. 30,458 nach Breslau bei Schreiber; 4 Gewinne zu 2000 Rtlr. fielen auf Nr. 8291. 21,165. 46,972 und 62,613 nach Frankfurt bei Salzmann, Stargardt bei Hammerfeld und nach Stettin 2mal bei Wilsnach; 30 Gewinne zu 1000 Rtlr. auf Nr. 2053. 2932. 3937. 5099. 7465. 8034. 12,287. 14,274. 14,445. 17,363. 19,087. 20,874. 21,367. 24,051. 29,387. 30,007. 30,614. 44,024. 45,050. 47,038. 50,484. 53,191. 59,872. 60,090. 61,116. 63,026. 64,015. 67,260. 73,441 und 74,317. in Berlin bei Alevin, bei Borchardt und 4mal bei Seeger, nach Aachen bei Levy, Breslau bei Froböß und 3mal bei Schreiber, Koblenz bei Gevenich, Köln 2mal bei Reimbold, Danzig bei Rotzoll, Düsseldorf bei Spatz, Elberfeld 2mal bei Heymer, Erfurt bei Tröster, Frankenstein bei Friedländer, Königsberg i. Pr. bei Heygster und bei Samter, Liegnitz 3mal bei Schwarz, Magdeburg bei Roch, Minden bei Stern, Stettin bei Schwolow und bei Wilsnach und nach Thorn bei Krupinsky; 49 Gewinne zu 500 Rtlr. auf Nr. 680. 871. 1374. 6292. 11,324. 11,894. 12,076. 12,714. 13,117. 13,466. 18,830. 19,281. 21,054. 21,436. 21,932. 23,816. 24,759. 26,000. 26,062. 26,209. 27,845. 27,912. 29,317. 30,152. 34,363. 37,647. 37,658. 39,626. 42,895. 43,491. 43,598. 45,658. 47,756. 47,988. 48,006. 50,529. 52,535. 54,507. 55,972. 56,792. 57,247. 57,314. 57,768. 61,685. 66,210. 68,527. 69,361. 69,716 und 74,400 in Berlin 2mal bei Alevin, bei Baller, 3mal bei Burg, 2mal bei Grack, bei Matzdorff, bei Mendheim, bei Moser und 6mal bei Seeger, nach Brandenburg bei Lazarus, Breslau 4mal bei Schreiber, Bromberg bei George, Koblenz 3mal bei Gevenich, Köln 3mal bei Reimbold, Danzig bei Rotzoll, Elberfeld bei Heymer, Halle bei Lehmann, Königsberg in Pr. bei Heygster, Liegnitz bei Schwarz, Magdeburg bei Brauns und 2mal bei Roch, Naumburg bei Vogel, Neisse bei Jäkel, Posen bei Pulvermacher, Sagan bei Wiesenthal, Schweidnitz 2mal bei Scholz, Stettin 2mal bei Schwolow und 2mal bei Wilsnach, Thorn bei Krupinsky und nach Torgau bei Ulrich; 56 Gewinne zu 200 Rtlr. auf Nr. 225. 1690. 2563. 4910. 4924. 5309. 7182. 9012. 9782. 13,479. 14,525. 14,586. 15,011. 18,533. 22,709. 24,837. 25,224. 25,526. 27,596. 29,532. 37,188. 37,548. 40,002. 43,068. 43,344. 46,081. 46,411. 46,557. 48,300. 48,608. 50,582. 50,675. 51,496. 51,610. 51,980. 53,568. 53,815. 57,203. 57,482. 62,559. 63,053. 64,524. 65,301. 66,947. 67,116. 67,990. 68,602. 68,927. 70,413. 70,719. 71,774. 72,039. 72,235. 73,804. 73,925. 74,927.

△ **Berlin**, 16. Novbr. Es verdient Beachtung, daß der jetzige interimistische Präsident des Ministeriums, Herr v. Ladenberg, am 2. November mit Radowitz seinen Abschied gefordert und folglich die Manteuffelsche Depesche vom 3ten d. M. an das Wiener Kabinet nicht mitunterzeichnet hatte. Als er später die eingereichte Demission zurückzog und den einstweiligen Vorsitz im Rathe der Krone übernahm, fand er die Verständigungsformel vom 3. November als eine böse Erbschaft vor, deren er sich entledigen mußte. Als ein kräftiges Mittel zu diesem Zwecke erschien ihm die Mobilmachung der Armee, in der That eine so gewaltige Maßregel, daß ihre Wirkungen heraufbeschwören und zugleich, wenn auch auf einem kurzen Umwege, zum Bundestage zurückzukehren eine Unmöglichkeit ist. Kein Wunder daher, daß Herr v. Manteuffel ihr so lange als möglich widerstand und ihr erst schließlich zustimmte, als er sah, daß ein entschiedener Widerstand gegen sie zu einem Bruche mit den einflußreichsten Kollegen, der Generalität und der Krone führte. In den Augen hoher Militärs, die auf die Ausführung jener Maßregel einen ganz speziellen Einfluß geübt haben, schien es nämlich unerträglich, das Preußen an seinen Grenzen die österr. Rüstungen dulde, ohne auch seinerseits zu rüsten. Diese Ansicht fand an entscheidender Stelle unbedingte Zustimmung im Widerspruche gegen die Friedenspolitik, die in den ersten Novembertagen die Oberhand gehabt hatte. Zwar ward von kundiger Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die österr. Streitkräfte uns weder so nahe, noch so marschfertig und schlagfertig wären, um eine Mobilmachung im gegenwärtigen Umfange zu rechtfertigen; aber die nationale Fraktion des Kabinets hatte den Gedanken einer so gewaltigen Rüstung einmal ergriffen, um sie bei den diplomatischen Verhandlungen mit Wien drohend zu gebrauchen. Es ist eine viel verbreitete Meinung, die unmöglich unberücksichtigt bleiben darf, daß die jetzigen Rüstungen, die Herr v. Manteuffel nur als eine Demonstration zu Verhandlungen „mit dem Helme auf dem Kopfe" anwenden kann, in den Augen und Händen einer andern einflußreichen Partei, die ihre Vertreter auch in der nächsten Nähe des Thrones hat, durchaus ernstlich gemeint sind, und daß dieser Ernst sich zeigen werde, wenn die Diplomatie ihr nicht aus Zufall langsam fortschreitendes Werk vollendet hätte und die Mobilmachung zu Ende geführt sei. Noch rechnet man in Wien darauf, daß sie nicht ernstlich gemeint sei und stützt sich dabei auf das Verbleiben Manteuffels im Kabinet. Inzwischen schreiten die Rüstungen von Tag zu Tag vor, der Volksgeist erstarkt immer mehr und wird sich seiner ungeheuren materiellen Kraft bewußt; die Abstumpfung des Landes verwandelt sich in reges Ehrgefühl, das zwar willig jedes Opfer bringt, zugleich aber auch nach dem **Zwecke dieser Opfer**, nach dem **Preise des Kampfes** fragt, und den Rückfall in die Friedenspolitik dieses November unmöglich macht. **Es bildet sich ein Gegensatz gegen diese Politik, daß das Terrain ihres Führers sich von Tag zu Tag verengert; vor die Kammern darf er mit der Nichtanerkennung des Bundestages, aber der Duldung seiner Beschlüsse gegen Kurhessen und Holstein nicht treten. Die gestern eingetroffene österreichische Note ist zwar sehr artig abgefaßt, enthält aber die erwarteten Garantien für in Aussicht gestellte Zugeständnisse nicht; sie weist auf die freien Konferenzen hin, deren Ergebnisse vom Bundestage publizirt werden sollen, nachdem sie durch seine Zustimmung Gesetzeskraft erhalten haben. Vom Wechsel des Präsidiums ist, so viel wir wissen, nicht die Rede; man scheint in dieser Beziehung einer Aeußerung des österr. Gesandten in Berlin ein zu großes Gewicht beigelegt zu haben. Die Note ist so ungenügend, daß ohne nachträgliche Erklärungen und Ergänzungen aus Wien und Frankfurt das Ministerium gar nicht über sie Beschluß fassen kann.** *) Die Kriegspartei, den Prinzen von Preußen und ihren Vertreter im Kabinet, Herrn v. Ladenberg, an der Spitze, freut sich ohne Zweifel dieses Aufschubes, um inzwischen mit den Rüstungen fertig zu werden. Darauf wird aber Oesterreich nicht warten. **Am 11. November hat der engere Rath in Frankfurt die Ausführung der Exekution gegen Holstein und den Abmarsch der betreffenden Armee, die zum großen Theil aus Baiern bestehen wird, definitiv beschlossen.** Der hannoversche Kommissar, Herr v. Hammerstein, hat sich bereits aus Frankfurt nach Hannover zurückbegeben, wo er der Ankunft jener Armee entgegensieht. Es geht daraus hervor, daß Hannover müde ist, auf eine Kooperation mit Preußen gegen diesen unerhört gewaltthätigen Akt zu warten und den Durchmarsch gestatten wird. **Preußen gestattet diesen Durchmarsch durch sein Landesgebiet nicht, es darf aber auch nicht dulden, daß er durch Braunschweig stattfinde, nachdem in der gestrigen Sitzung des Fürstenkollegiums zwar das Aufgeben der Unionsverfassung von Seiten ihres Vorstandes angekündigt und der Antrag, diesem Beispiele zu folgen, an alle Unionsregierungen förmlich gestellt, gleichzeitig aber auch von Preußen der Wunsch ausgesprochen ist: daß die unirten Staaten zu Schutz und Trutz gegen innere und äußere Feinde und zu gemeinsamem Handeln in Sachen des weiteren Bundes vereinigt bleiben mögen. Daran schloß sich die Aufforderung, daß alle Unionsregierungen schleunigst mobil machen möchten und ihre Truppenkörper (zusammen circa 50,000 Mann) zum preußischen Heere eventuell stoßen lassen möchten.** Ist diese neue Auffassung des ehemaligen Unionsverhältnisses ernstlich gemeint (denn ein neues Verhältniß liegt hier zu Tage, wenn die Verfassung des Bundesstaates förmlich und feierlich für beseitigt erklärt werden soll, zu welchem Akte die Unionsregierungen sich übrigens niemals verstehen werden) — ist aber auch nur der Rest des Bündnisses ernstlich gemeint, so folgt daraus, daß das Gebiet der Union militärisch ein Ganzes bildet, daß die Exekutionsarmee den braunschweigischen Boden ohne ausdrückliche Zustimmung Preußens ebensowenig betreten darf, als den preußischen. Die hiesigen Depeschen an das Wiener Kabinet hatten in letzter Zeit die ganze Frage so behandelt, daß Preußens Auffassung derselben nicht klar hervortrat; das muß und wird jetzt geschehen. — **Wohin der Wille der konservativen Partei neigt, deren Meinung über Hrn. v. Manteuffel und seine Politik natürlich ein besonderes Interesse hat, das wird eine Adresse an den König zeigen, in welcher sie auf die Gefahren des bisher verfolgten Weges warnend und mahnend hinweist.** *) Abgeordnete der Rechten, die bereits zur Kammersession hier eingetroffen sind, zeigen sich als entschiedene Widersacher Manteuffel's, und wenn er vor den Kammern so dasteht, wie er heute der öffentlichen Meinung erscheint, so wird er nur eine kleine Fraktion für sich haben, — er müßte sie denn gleich am 21. d. M. vertagen oder bald nach ihrer Eröffnung auflösen, falls er die Macht und den Muth dazu hat.

*) Die N. Preuß. Ztg. sagt über den gegenwärtigen Stand der Unterhandlungen: „Die gestern hier eingegangene österreichische Note, die Antwort auf die diesseitige, als Ultimatum geltende Depesche vom 9. d. M., soll zwar, dem Vernehmen nach, ganz dem Frieden günstig, aber doch theilweise zu unbestimmt sein. Es wird sogleich eine Rückantwort erfolgen. Oesterreich ist, wie wir bereits vorgestern nach einer aus Wien uns gemachten Mittheilung gemeldet, erbötig, seine Rüstungen einzustellen, falls die preußische Regierung ein Gleiches zu thun geneigt sei. Oesterreich erklärt sich ferner bereit, sofort in die „freien Konferenzen" einzugehen; aber es besteht darauf, daß diese „freien Konferenzen" in Wien abzuhalten seien. Auf diese Forderung Oesterreichs dürfte die preußische Regierung nicht eingehen, denn es liegt in dem Begriff der „freien Konferenzen," daß dieselben auf neutralem Boden abgehalten werden."

Mit vorstehender Mittheilung sind folgende Notizen desselben Blattes nicht ohne innern Zusammenhang: „Aus Frankfurt wird uns gemeldet, daß von den dort vertretenen deutschen Regierungen Erklärungen vorbereitet würden, die nach Berlin abgehen und die Antwort Oesterreichs auf das preußische Ultimatum (d. Note vom 9. d. Mts.) unterstützen sollen.

Der österreichische Gesandte am hiesigen Hofe, Ritter Prokesch v. Osten, soll in einem persönlichen Schreiben des Fürsten von Schwarzenberg aufgefordert sein, die diesseitige Regierung der friedlichen Gesinnung der Regierung zu Wien zu versichern." Red.

*) Die C. C. enthält hierüber folgende Mittheilung: Der hiesige konservativ-konstitutionelle Hülfs- und Wahl-Verein hat in seiner gestern im englischen Hause abgehaltenen General-Versammlung eine Adresse an des Königs Majestät beschlossen, in welcher namentlich die **Zuversicht zu der Regierung hervorgehoben wird, daß sie die entmuthigenden Besorgnisse in einem großen Theile des Volkes, als bereite sich eine Politik vor, welche mit der opferfreudigen Begeisterung der Armee und des Landes im Widerspruch stände, zu rechter Zeit als ungerechtfertigt und nichtig durch Thaten widerlegen werde, welche die Ehre Preußens und das gute Recht bedrängter deutscher Brüder gleich kräftig wahren.** — Außerdem hat der Verein beschlossen, die Unterstützung der von den unter die Waffen Gerufenen hülfsbedürftig zurückgelassenen Familien sofort vorzubereiten und sobald als möglich, ins Werk zu richten.

§§ **Berlin**, 16. Novbr. Die Unionsfrage ist jetzt in ein neues Stadium getreten, vermuthlich das letzte, das sie zu durchlaufen haben wird. Die Nachricht, daß Herr v. Manteuffel in Wien das Aufgeben der Union zugestanden, mußte natürlicherweise die Aufmerksamkeit der Vertreter der übrigen Unionsregierungen beim Fürsten-Kollegium auf sich ziehen. Mehrere dieser Herren haben in den letzten Tagen Hrn. v. Manteuffel um Aufklärungen über seine in Wien gemachten Vorschläge ersucht. Wir haben zu erwähnen, wie der in die Enge getriebene Minister den ihm vorgehaltenen Rechtsbedenken nichts als die bekannte Floskel von „den Verhältnissen Rechnung tragen" entgegenzusetzen wußte. In der gestrigen Sitzung des Fürsten-Kollegiums hat der Vertreter Preußens endlich eine Erklärung darüber abgegeben. Nachdem er mitgetheilt, **daß Oesterreich die freien Konferenzen zugestanden, bei denen sämmtliche deutsche Regierungen Behufs Revision der bisherigen Bundesverfassung vertreten sein würden, fügte er hinzu, daß das Wiener Kabinet als Gegenkonzession das definitive Aufgeben der Union durch einen feierlichen Akt verlange. Preußen, als Unionsvorstand, habe darauf erwiedert, daß bereits von der Ausführung der Unionsverfassung Abstand genommen worden und die Union somit de facto aufgehoben sei; zu einem feierlichen Akt der bezeichneten Art aber, bedürfe es der Zustimmung der übrigen Unions-Regierungen. Diese Zustimmung nun erbitte sich Preußen jetzt vom Fürsten-Kollegium. Die Versammlung erklärte nun aber, daß sie zu wenig auf einen solchen Antrag gefaßt gewesen sei, als daß sie sich in der Lage befände, sofort darüber Beschluß zu fassen; bis dahin, daß dies geschehen, wolle sie die bestehenden Verträge gewahrt haben.** — Es ist übrigens kaum anzunehmen, daß jene Zustimmung werde ertheilt werden. Die meisten der betheiligten Regierungen verlangen für ihre für Preußen bewiesene Willfährigkeit und Treue, daß Preußen sie jetzt nicht verlasse und sie event. gegen bedrohliche Schritte der in Frankfurt vertretenen Regierungen schütze. Von Bedeutung ist namentlich die **Stellung Braunschweigs bei einer etwaigen Bundes-Exekution in Holstein.** Braunschweig ist bekanntlich einer der letzten Staaten, welche den dänischen Frieden ratifizirt haben, und der Vorbehalt, welcher gelegentlich der Ratifikation gemacht wurde, lautet bestimmt dahin, **daß die herzogl. Regierung zu keinerlei Gewaltmaßregeln gegen die Herzogthümer die Hand bieten werde.** Nun müssen aber die Bundestruppen auf ihrem Marsche durch Hannover, Braunschweigsches Gebiet passiren. **Wenn ihnen nun, wie vorauszusehen, Braunschweig den Durchzug nicht gestattet, so würde Preußen, seinen Verpflichtungen als Unionsvorstand gemäß, genöthigt sein, ihm Beistand gegen etwaige Gewaltmaßregeln Seitens des Frankfurter Bundestages zu gewähren.** **) Man sieht hieraus, wie sehr die Zukunft noch an Verwickelungen reich ist und wie gerechtfertigt die Zweifel Derjenigen sind, welche an die Erhaltung des Friedens nicht glauben.

) Dieser Durchzug der bundestäglichen Truppen nach Holstein dürfte leicht die gefährlichste Klippe werden, an welcher alle Friedenshoffnungen scheitern. Schon hat sich mancher Mahnruf an Preußen vernehmen lassen, es möge zusehen, daß sich Oesterreich und seine Verbündeten nicht an der Nord- und Ostsee festsetzen und Preußens Vernichtung dekretiren. In ihrem letzten Leitartikel läßt sich die Spen. Ztg. hierüber folgendermaßen vernehmen: „Also es verträgt sich mit Preußens Ehre, daß wir einen Keil österreichisch-baierischer Truppen zwischen unsere Provinzen sich einschieben, daß wir von einer österreichischen Armee uns umgehen lassen, die der dänischen, mit der wir Jahre lang kämpften, ja vielleicht auch einer russischen Armee die Hand reicht! Wir sollen zwischen unsern östlichen und westlichen Landestheilen eine österreichische Armee hindurchziehen sehen, um im deutschen Norden den Frieden im Namen der Londoner Konferenz herstellen zu lassen, die doch unsere ministeriellen Blätter selbst als ein horribles Attentat auf die europäischen Verträge bekämpften! Wir sollen mit neuem „Vertrauen" diesen Operationen Oesterreichs **zwischen unsern Provinzen und in unserm Rücken zusehen, nachdem unserer Regierung doch selbst wenige Tage nach der Warschauer Konferenz das „Vertrauen" ausgegangen war. Wir sollen darin nicht das **Werk einer furchtbaren Verschwörung erblicken, die früher oder später mit dem Plane fertig ist, uns gänzlich zu erdrücken?"** — Vertrauen zu Oesterreich genügt nicht, ein herzlicher Einverständniß mit dessen perfider Politik ist unmöglich, folglich wird die Demobilisirung des Heeres wohl nicht so bald erfolgen können, die Mobilisirung aber war gewiß eine Nothwendigkeit!! — Red.

≏ **Berlin** 16. Nov. Ein Gegenstand, der die Aufmerksamkeit in den letzten Tagen wiederholentlich in Anspruch genommen hat, ist die veränderte Stellung Hannovers zu Preußen einerseits und zum Bundestage andererseits. Man ist mit Unrecht so weit gegangen, bereits von einer engern Allianz des hiesigen und des hannoverschen Kabinets zu sprechen. Es war, so glaube ich, wirklich ein Augenblick da, wo man in Hannover an so etwas dachte. Als nämlich mit einem Male die Aussicht auf einen Krieg unmittelbar nahe schien und eine Neutralität den einzelnen deutschen Staaten zur Unmöglichkeit wurde, da traten wohl die Rücksicht auf die Sympathien des Volkes, die eigenen Wünsche der Regierung für eine durchgreifende Umgestaltung der Bundesverfassung, die geographische Lage und eine Menge anderer Motive bei der hannoverschen Regierung bestimmend ein, das Vergangene zu vergessen und sich dem hiesigen Kabinete zu nähern. Hier schien man hoch erfreut darüber und beeilte sich, die dargebotene Hand zu erfassen. Aber das sofort wieder hier eintretende Schwanken, fast möchte man sagen, die Furcht vor dem bereits halb aus der Scheide gezogenem Schwerte, sind wahrlich am wenigsten geeignet, bei Charakteren wie Ernst August Beifall zu finden. Und als nun gar die Zielpunkte des intendirten Kampfes ganz deutlich hervortraten, daß es sich nämlich dabei eigentlich nur noch um eitles Formwesen handele, ob man als Uebergang zum Bundestage noch erst freie Konferenzen abhalten, ob Preußen neben Oesterreich ein Recht auf das Präsidium haben sollte u. s. w., als Preußen selbst die wesentlichsten Punkte alle fallen ließ, da zog sich Hannover wieder in seine strenge Neutralität zurück und in einer offenbar richtigen Würdigung der Verhältnisse, wie sie bei mehreren der andern Staaten abzuwalten scheint, nimmt es seitdem eine Stelle ein, bei der es keine Truppen mobil macht, die Unterthanen nicht belastet, das Land nicht unnütz in Aufregung setzt, denn gestehen wir es uns offen zu, die jetzt noch obschwebenden Differenzen zwischen den beiden deutschen Großmächten sind des Kampfes nicht mehr werth. Wenn Preußen aber dennoch nun diese Gelegenheit benutzt, einen Gesandten in Hannover wieder formell zu beglaubigen, so ist dabei zunächst in Anschlag zu bringen, daß die hannoversche Regierung von hier niemals ihren Gesandten abberufen hatte, daß mit dem Aufgeben der Union ferner jeder Grund zu einem längeren Grollen fortfiel, und daß es endlich gerade bei der neutralen Stellung Hannovers zwischen den beiden feindlichen Heerlagern von Wichtigkeit sein muß, für jede sich etwa darbietende Eventualität sofort eine Mittelsperson für die erforderlichen Einwirkungen dort bei der Hand zu haben. Daß es hierauf allein ankommt, beweist die Wahl des Grafen Nostiz für den Posten. Derselbe ist ein greiser Veteran aus der Zeit der Freiheitskriege, 76 Jahr alt, zu diplomatischen Verhandlungen wenig geeignet, aber dem Könige von Hannover eng befreundet, dem er auch bei den häufigen Besuchen desselben hier in Berlin immer als Begleiter beigegeben wurde. Für die eigentlichen diplomatischen Geschäfte bleibt Prinz Isenburg auch ferner in Hannover, da Herr v. Schleinitz, dem man den Posten wieder angetragen hatte, den Wunsch aussprach, ruhig und fern von Geschäften den Winter über hier in Berlin zu bleiben. Ich glaube, daß die gegenwärtige Neutralität Hannovers, die von einem engen Anschluß an Preußen sehr weit entfernt ist, so lange dauern wird, bis der Kampf entweder losbricht, oder der Friede zwischen den beiden deutschen Großmächten völlig geschlossen ist. Auch dann aber wird Preußen wohl auf die Unterstützung Hannovers wie anderer Staaten überhaupt nur rechnen können, wenn es eine geradere und entschlossenere Politik befolgt als bisher. — Dem Minister v. Ladenberg als derzeitigen interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums wartete gestern eine Deputation durchweg konservativer hiesiger Bürger auf, um ihm offen und unumwunden Kunde zu geben, von der hier herrschenden Stimmung, von dem Enthusiasmus einerseits, der sich bekunde, seitdem die Regierung zum Handeln entschlossen geschienen habe, aber auch von der tiefen Niedergeschlagenheit und Erbitterung andererseits, seitdem man abermals schwanke. Die Antwort des Ministers bewegte sich in ziemlich allgemein gehaltenen Phrasen: die Aufbietung der großen Kraftanstrengung des Volks werde nicht vergebens gewesen sein, man möge der Regierung vertrauen, den richtigen Zeitpunkt zum Handeln zu wählen u. s. w. Es hat diese Antwort wenig Befriedigung hervorgebracht. Der Kreditbrief, den Hr. v. Radowitz durch Vermittelung der hiesigen Bank nach England mitgenommen hat, beträgt nur 2000 Rtl., woraus man den Schluß ziehen will, daß derselbe seinen Aufenthalt in England nicht auf lange Zeit hinauszudehnen gedenke. — Man spricht hier heute, bis jetzt freilich nur noch gerüchtsweise, davon, daß der Feldmarschall Radetzky, von dem man weiß, daß er schon in Wien vielfach versöhnend und vermittelnd eingewirkt habe, auf einige Tage selbst hierher kommen werde, um die Verständigung zwischen den beiden Höfen persönlich zum Abschluß zu bringen. — Die gestern von der Polizei mit Beschlag belegte Broschüre „Offenes Sendschreiben an den König" von Richard Fischer erregte ein außerordentliches Aufsehen, indem sie die schleunige Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums und ein entschiedenes Vorschreiten gegen Oesterreich als die einzigen Mittel bezeichnete, um einer anderenfalls drohenden abermaligen Revolution im Innern zuvorzukommen. Es sollen trotz der Beschlagnahme bereits sehr viele Exemplare der Broschüre ins Publikum gekommen sein. — Man denkt hier an eine möglichst baldige Besetzung des Gesandtschaftspostens für Brasilien. Es scheint aber, als sei keiner unserer Herren Diplomaten geneigt, diesen Posten anzunehmen, denn nachdem ihn der zuerst dafür designirt gewesene geheime Legations-Rath Balan ausgeschlagen hatte, hat auch Graf Oriolla, dem er nun angeboten worden ist, ihn abgelehnt.

P. S. Eben erfahre ich noch, daß der berühmte frühere Abgeordnete v. Vincke, der sich bisher seit der Umgestaltung des Wahlgesetzes geweigert hatte, eine Wahl für die zweite Kammer anzunehmen, weil er dies Wahlgesetz selber nicht als rechtmäßig

anerkannte, unter den gegenwärtigen Umständen, wo es die Pflicht eines Jeden sei, seine Stimme zur Abwendung des Unheils zu erheben, seine bisherige Weigerung aufgegeben und sich bereit erklärt habe, ein Mandat anzunehmen. *)

Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen ist gestern Nachmittag mittelst königl. Kabinetsordre zum Kommandeur en chef des 2., 3., 4. Armeekorps und des Gardekorps ernannt. Diese Heermasse ist bestimmt, zwischen Elbe und Oder zu operiren. (Voß. Z.)

Der bisherige französische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr v. Persigny, ist abberufen worden und wird durch den früheren französischen Gesandten in München, Hrn. Lefèvbre, ersetzt werden. (D. Ref.)

Gestern Vormittags erhielt das Kaiser-Alexander-Regiment Marschordre und wurden in Folge dessen bereits gestern Abend zwei Bataillone des Regiments mit der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn nach Schlesien befördert. Eine gleiche Marschordre soll bereits der Garde-Artillerie zugegangen sein, wie überhaupt die sämmtlichen Garde-Regimenter für den augenblicklichen Ausmarsch bereit sind. (C. Z.)

Heute wurde vor dem Obertribunal einer der denkwürdigsten und unsere Zustände wesentlich charakterisirenden Prozesse verhandelt, — der Disciplinarproceß gegen den Vice-Präsidenten des Appellations-Gerichts in Ratibor Herrn v. Kirchmann und die suspendirten Mitglieder des Kriminalsenats jenes Gerichtshofes. Das Disciplinarverfahren gegen diese richterlichen Beamten ist bekanntlich durch den Widerstand veranlaßt worden, den sie den Verfügungen des Obertribunals in der Untersuchung gegen den Grafen Oscar Reichenbach entgegengesetzt hatten. Es handelte sich damals um die Entscheidung der streitigen Frage: ob das Obertribunal gesetzlich befugt sei, die Zurückweisung einer Anklage gegen die Bestätigung des Obergerichts aufzuheben und die Einleitung der Anklage zu verfügen? Die Gerichte beider Instanzen verneinten diese Frage, das Obertribunal bejahte sie. Die Folge dieser Meinungsverschiedenheit war die Einleitung der Untersuchung gegen die Richter der beiden Instanzen. Die betheiligten Mitglieder des Untergerichts wurden vom Obergericht für nichtschuldig erklärt. Ueber die betheiligten Mitglieder des Obergerichts hatte nun heute das Obertribunal — mithin die Partei als Richter in eigener Sache — zu erkennen. Die Verhandlung fand bei geschlossenen Thüren statt. Die Entscheidung ist daher zur Zeit noch nicht bekannt. (C. B.)

Die auf gestern vor dem Plenum des königl. Obertribunals zur Verhandlung angesetzte Anklage gegen den Vicepräsidenten des Appellationsgerichts zu Ratibor, Herrn Kirchmann ꝛc. wurde aufgehoben und soll der neue Termin nunmehr auf den 16. Dezember d. J. anberaumt worden sein. (Ref.)

Die Ersatzwahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer für den vierten Kölner Wahlbezirk ist auf den bei dem Universitäts-Curatorium zu Bonn angestellten Rechnungsrath Thiel gefallen. (C. C.)

Deutschland.

Frankfurt, 14. Nov. [Der österr. Bundestag.] Im fürstl. Thurn und Taxisschen Palais herrscht jetzt reges Leben, und die resp. Büreaus haben vollauf zu thun. Graf Thun soll so beschäftigt sein, daß derselbe bis tief in die Nacht hinein arbeitet. Auch den Kurfürsten von Hessen sieht man öfters im Bundespalais mit Graf Thun konferiren. — Die Bundescentralkommission hat sich dagegen in genanntem Palais auf nur noch einige Zimmer beschränkt, und hält in der Woche nicht mehr wie drei Sitzungen.

Gestern und vorgestern sind 8 bis 12 Offiziere von den unserer Besatzung beizählenden zwei Bataillonen des 31. preußischen Infanterie-Regiments von hier abgegangen, um zu den Landwehren eingetheilt zu werden. — Der dieser Tage hier eingetroffene außerordentliche Gesandte Rußlands beim deutschen Bunde, Fürst Gortschakoff, hat eine große Privatwohnung an der Bockenheimer Chaussee in Miethe genommen.

[Ein warnender Wink für Preußen.] Sollte Oesterreich wirklich beabsichtigen, ein Armeekorps zur Unterwerfung Schleswig-Holsteins gen Norden zu schicken, so möchte es nicht uninteressant sein, diese Operation, Preußen gegenüber, vom militärischen Standpunkt etwas zu beleuchten, und da unterliegt es bei gegenwärtiger Sachlage keinem Zweifel, daß Preußen aus strategischen Gründen nun und nimmermehr dieses Vorhaben Oesterreichs gestatten kann; es müßte denn auf seine eigene Sicherheit ganz und gar Verzicht leisten. Hätte einmal ein österreichisches Armeekorps Schleswig-Holstein unterworfen und besetzt, wer bürgt Preußen dafür, daß es bei einem zwischen ihm und Oesterreich entstehenden Kriege nicht, von Dänen und Hannoveranern unterstützt, in den Rücken hereinbräche? Kann Preußen den Gang der Dinge voraussehen und hat es etwa feste Zusicherungen, daß Oesterreich nicht ihm noch den Krieg erklären dürfte trotz aller seiner Nachgiebigkeit? **Hat Oesterreich nur erst in Holstein festen Fuß gewonnen, dann wird es mit Preußen noch gar anders reden und wenn dieses sich nicht allen Anforderungen unterwirft, ihm ganz sicher den Krieg erklären.** Preußen ist dann in einer verzweifelten Lage. Im Süden dringt das österreichisch-sächsische und aus Kurhessen das österreichisch-baierisch-würtembergische Armeekorps vor und schneidet Altpreußen von dessen Rheinprovinz ab. Dem Allen kann Preußen vielleicht entgegnen, wenn es die sogenannten Bundestruppen weder in Kurhessen noch nach Holstein weiter vorrücken läßt, seine mobil gemachte Armee sammelt und mit dieser eine für alle Eventualitäten gesicherte Stellung einnimmt. (Und dieser warnende Wink geht, man beachte das wohl, von Frankfurt an uns!) (Frankf. J.)

** **Kassel**, 15. November. [Tagesbericht.] Die seitherigen Anhänger der absolutistisch-mystisch-pietistischen Richtung, die den Hassenpflug in Kurhessen als ihren Messias begrüßten, kurz, die Partei Vilmar-Hassenpflug und Genossen hat eine Versammlung in Waber am 6. d. M. gehalten und daselbst einen „kurhessischen Treubund" „mit Gott für Fürst und Vaterland" gestiftet. Wenn die Gesellschaft nicht zu allbekannt wäre, so sollte man fast auf die Vermuthung kommen, sie seien zu einer anderen Ansicht gekommen und hätten sich bekehrt und wollten nunmehr Front gegen das jetzige Ministerium machen. Als obersten Zweck des Bundes stellten sie den Satz hin: „Treue für den Kurfürsten und sein angestammtes Fürstenhaus, folglich Beobachtung und Aufrechthaltung der von ihm ertheilten und gewährleisteten Gesetze und des Staatsgrundgesetzes insbesondere ꝛc." Hiernach muß man doch annehmen, daß die seitherige mystisch-pietistische Partei sich aufgelöst hat und zum rein konstitutionellen System übergegangen ist. Als Mitglieder „des provisorischen großen Bundesraths" wurden gewählt: 1) Taubstummenlehrer Schafft in Homberg, 2) Kammerherr v. Buttlar zu Elberberg, 3) Verwaltungsbeamter Auffarth zu Fritzlar, 4) Obergerichts-Anwalt Tassius zu Rotenburg, 5) Amtmann Wilke zu Frielingen, 6) Lehrer Leimbach zu Treysa, 7) Obergerichts-Assessor Martin zu Kassel und 8) Gymnasiallehrer Dr. Piderit zu Kassel. — Lauter Getreue des Hassenpflugs; so wie überhaupt die ganze Versammlung nur aus solchen bestand.

Daß wieder 29 Offiziere den Abschied erhalten haben, bestätigt sich. Viele derselben sind bereits hier angekommen und preisen sich glücklich aus einem so unerträglichen Zustande erlöst zu sein. Sie beklagen ihre Kameraden, die noch in der Aktive stehen.

Der bleibende landständische Ausschuß hat abermals eine Erklärung, betreffend die vom Finanzministerium verfügte Forterhebung der Steuern erlassen. Er macht wiederholt darauf aufmerksam, daß er eingedenk der nach § 102 der Verfassung ihm obliegenden Pflicht, von der ihm nach § 61 der Verfassung eingeräumten Befugniß der Anklage in den geeigneten Fällen gegen alle diejenigen Gebrauch machen werde, welche die Vollziehung der mit der Verfassung im Widerspruch stehenden Anordnungen bewirken oder befördern. Dieselbe lautet:

Erklärung des bleibenden landständischen Ausschusses, betreffend die vom Finanzministerium verfügte Forterhebung nicht bewilligter Steuern.

Ueber die Verfassungswidrigkeit der Verordnung vom 4. September d. J., welche die Forterhebung der Steuern und Abgaben, so weit sie seit dem 1. Juli d. J. nicht eingezogen sind, verfügte, haben wir uns schon in unserer Erklärung vom 5. September ausgesprochen, da für diese Steuererhebung eine landständische Bewilligung nicht besteht, ohne welche und deren in den Ausschreiben und Verordnungen ausdrücklich vorgeschriebene Erwähnung nach den §§ 143 und 146 der Verfass.-Urkunde weder die Erheber zur Einforderung berechtigt, noch die Pflichtigen zur Entrichtung schuldig sind.

Von einer gleichen Ueberzeugung geleitet, haben auch seither die der Verwaltung des Steuer- und Finanzwesens vorgesetzten höheren Behörden es abgelehnt, die zur Vollziehung dieser Verordnung nöthigen Ausschreiben und Anordnungen zu erlassen und die höheren Gerichte die Verwendung des Stempels bei den gerichtlichen Verhandlungen selbst eingestellt und in vorgekommenen Beschwerdefällen solche den unteren Gerichten untersagt.

Gleichwohl hat das Finanzministerium nach amtlicher Bekanntmachung vom 2. November an die zur Erhebung der direkten Steuern, Wege- und Brückengelder und der privativen indirekten Abgaben einschließlich des Stempels ermächtigten Behörden, unter Beziehung auf seinen dessen Geschäftskreis erweiternden Beschluß vom 14. Oktober d. J., Ausschreiben erlassen, welche den Rentereien, der für die Verwaltung der Wege- und Brückengelder angeordneten Kommission und den Provinzialsteuerämtern die Erhebung und Ablieferung solcher von den Landständen nicht bewilligten Steuern und Abgaben anbefehlen.

Eingedenk der nach dem § 102 der Verfassung uns obliegenden Pflicht, in verfassungsmäßiger Weise thätig zu sein und das landständische Interesse zu wahren, müssen wir wiederholt darauf aufmerksam machen, daß neben der durch den Erlaß der verfassungswidrigen Verordnung vom 4. Sept. begründeten ministeriellen Verantwortlichkeit nach dem § 61 der Verf.-Urk. jeder Staatsdiener hinsichtlich seiner Amtsverrichtungen verantwortlich bleibt, und wir uns in Gemäßheit des erwähnten § 61 für verpflichtet halten, von der uns darin ertheilten Befugniß der Anklage in den geeigneten Fällen gegen alle Diejenigen Gebrauch zu machen, welche die Vollziehung der mit der Verfassung in Widerspruch stehenden Anordnungen bewirken oder befördern.

Kassel, den 14. November 1850.

Der bleibende landständische Ausschuß.

Schwarzenberg. Henkel. Kellner. Gräfe.

Fulda, 14. November., Nachmittags 4 Uhr. [Aus dem baierischen Lager.] Der Generalstab befindet sich noch immer ruhig hier und macht keine Miene, uns zu verlassen. Die Avantgarde ist gestern unter Generalmajor Hailbronner auf der Straße nach Hünfeld aufgebrochen, ohne daß jedoch heute Truppen nachgefolgt sind. In der Stadt liegen ungefähr drei Bataillone, alles Uebrige weit ausgedehnt bis nach Großenlüder hin um die Stadt herum. Heute Morgen war der Adjutant des General v. d. Gröben mit Depeschen hier, und begab sich alsbald wieder ins Hauptquartier nach Vacha. Die Preußen sollen entschlossen sein, das Vorgehen der Bundestruppen über Hersfeld zu verhindern; sie werfen daselbst Schanzen auf. Morgen früh geht ein Bataillon Baiern vorwärts; ob auch andere, ist bis diesen Augenblick den Truppen noch nicht bekannt. Soeben verbreitet sich die Nachricht, daß morgen österr. Truppen hier einrücken würden, während doch ursprünglich nur ein Bataillon österr. Jäger bei der Avantgarde war und das Hauptkorps aus Baiern bestand. Man sagt, es seien dies zurück- und seitwärtsgegangene österr. Abtheilungen jenes Korps von Koburg. (D. A. Z.)

Von der weimarisch-hessischen Grenze, 13. November. [Aus dem preußischen Lager.] Das preußische Militair hat nunmehr die Provinz Fulda geräumt und ist bereits gestern auch zu Hünfeld und den benachbarten Ortschaften durch baierische und österreichische Truppen ersetzt worden. Darum haben wir an der Grenze, im Weimarischen, wieder einen bedeutenden Zuwachs an Einquartierung erhalten, da sich die preußischen Truppen vornehmlich dorthin zurückgezogen haben, ja ein Gutspächter in unserer Nähe hat in diesen Tagen sogar 200 Mann der verschiedenen Waffengattungen auf einmal im Quartier gehabt. Bei diesem, der nicht blos von weimarischer, sondern auch kurhessischer Seite Einquartierung zugetheilt erhält, kann es in den nächsten Tagen leicht geschehen, daß baierische und österreichische Truppen mit den Preußen unter ein Dach zu liegen kommen. Wie schwer es aber ist, eine so große Masse Leute nur einigermaßen zu befriedigen, leuchtet aber ein, selbst wenn sich ein Theil der Truppen selbst zu verköstigen hat, was jetzt bei denen geschieht, welche nicht blos auf dem Durchmarsche begriffen sind. — Das Hauptquartier des Generals v. d. Gröben liegt noch in der Stadt Vacha; dort und in Eisenach sind bereits Feldposten errichtet, in Vacha und Buttlar überdies auch Magazine, aus denen die Soldaten Mundvorrath und Fourage geliefert erhalten. Hinter Geisa sind die Truppen bis an die baierische Grenze, nach Tann zu, vorgeschoben; nach der kurhessischen Grenze zu stehen die Vorposten nur eine Viertelstunde hinter Buttlar. In und um Buttlar ist gestern Abend das hübsche preußische 7te Jäger-Bataillon eingetroffen, welches zuletzt in Hamburg stand und jene Stadt erst am vorigen Sonnabend verlassen hat. Dieses versieht den Vorpostendienst, soll die Wachen jedoch mit ungeladenen Büchsen beziehen, weshalb man kein ernstliches Zusammentreffen mit den Bundestruppen zu befürchten haben dürfte. — Wir haben noch immer kaltes, nasses Wetter, was für die Truppen nicht günstig ist. (F. J.)

Eisenach, 14. Novbr. [Truppenbewegungen.] Die von Fulda zurückgezogenen preußischen Truppen haben keinerlei Verstärkung in diesen Tagen erhalten und haben sich nur noch auf der Etappenstraße bis Hersfeld hin concentrirt. Die an der koburgischen Grenze gestandenen Oesterreicher sind nach Schweinfurt aufgebrochen, um mit andern durch Neustadt in Franken dieser Tage gekommenen Truppen über die Rhön nach dem Fuldaischen zu marschiren. Hingegen haben andere Truppen, welche von Tirol aus unter Erzherzog Karl sich in Bewegung setzten, plötzlich Gegenordre erhalten. Eine solche ist auch in Beziehung auf die Mobilmachung des weimarischen Contingents erfolgt. (D. A. Z.)

Koburg, 15. Nvbr. [Die Baiern.] Das geht doch über'n Spaß. Wir Koburger hätten beinahe für die ganze Union, die schon im Sarge liegt und nur der Leichenrede des Fürstenkollegiums wartet, büßen müssen. Wir sahen von unserer, nicht mehr jungfräulichen Festung von den 30,000 Oesterreichern und Baiern viele, die nicht da waren, und die da waren, sahen uns und die Festung auch. Sie behaupteten, die Festung sei Unionsfestung gewesen und jetzt herrenloses Gut und sie hätten vom Jahr 1562 her alte Ansprüche auf den Unionsnachlaß. Da zog unser Herzog die preußische Kürassieruniform an, wir Koburger zeigten die Zähne und unsere drei Lärmkanonen ihren gähnenden Schlund durch die Schießscharten. Holt Euch den Vertrag von 1562 selbst, er liegt auf der Festung! riefen wir — und nach drei Tagen zogen die eingeschüchterten Baiern-Oesterreicher ab. — Jetzt aber tragen wir die Festung ab, um künftigen Verwechselungen vorzubeugen. — Von preußischen Regimentern, die uns an der Grenze schützen sollen, wissen wir hier nichts. (Dorf-Z.)

Mainz, 14. Novbr. [Militärisches.] Die Kriegs-Reservisten des königl. preußischen 40. Infanterieregiments sind gestern Abend und heute Mittag auf Dämpfern hier eingetroffen; auch die übrigen preußischen Truppentheile erwarten dieser Tage ihre Reserven. Das Gräfenrather Landwehrbataillon, mit Einschluß der Offiziere 1005 Mann stark, wird nächstens hier einrücken, und dagegen ein Bataillon des 39. Infanterie-Regiments ausmarschiren. Ebenso werden die hier stehenden k. preußischen Kürassiere durch Landwehr-Ulanen ersetzt werden. (D.-P.-A.-Z.)

Mannheim, 14. Nov. [Räumung Badens.] Man spricht allgemein von der demnächst bevorstehenden Auflösung unserer Kammer, und bringt hiermit einen bevorstehenden Thronwechsel in Verbindung. — Sicherem Vernehmen nach werden sämmtliche preuß. Truppen bis zum 17. d. Mts. Baden geräumt haben. Sie kennen ja die betreffende österreichische Forderung. (F. J.)

Ludwigsburg, 12. Nov. [Rüstungen.] Seit einigen Tagen ist der Arsenalplatz für den Wandel gesperrt, da Geschütze und Munitionswagen auf demselben aufgestellt sind. Es sollen in aller Eile fünf Batterien mit 40 Stücken Geschützen mobil gemacht werden. Auch heißt es, daß unsere beiden hiesigen Reiterregimenter in die Umgegend verlegt werden sollen, weil es an Stallungen für die Pferde des Artillerieparks und des Armeetrains fehle, sobald die benöthigte Zahl angekauft sein wird. (S. M.)

Lübeck, 14. Novbr. [Die Fregatte „Gefion."] Wie wir hören, soll die „Eckernförde" in hiesigem Hafen überwintern. Wie dies zu bewerkstelligen sein möchte, ist schwer zu sagen. Die Fregatte geht nämlich 19 Fuß tief, die größte Wassertiefe auf der Plate vor Travemünde bei höchstem Wasserstande beträgt aber nur 17 Fuß und etwa einige Zoll. Dieser so leicht nicht zu beseitigende Uebelstand dürfte Anlaß werden, das von so mancherlei Schicksalen verfolgte deutsche Kriegsschiff vorerst auf der Rhede liegen zu lassen, bis man anderwärts ein bequemeres Winterquartier für dasselbe wird ausgemittelt haben.

N. S. Seit heute Morgen haben wir Hochwasser, so daß, wenn die Fregatte einen Theil ihrer Ladung löscht, sie die Plate doch vielleicht passiren könnte, wenn nicht — wie verlautet — ihre Bestimmung Swinemünde oder Stettin ist, was uns sehr wahrscheinlich scheint. (Lübecker Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Rendsburg, 15. Novbr. Gestern Morgen früh unternahmen ungefähr 8 Kompagnien unserer Avantgarde, von mehreren Geschützen unterstützt, in drei verschiedenen Kolonnen nach Selck, Holm und Kochendorf eine Recognoscirung gegen den Feind. Die zwei Kolonnen warfen die dänischen Vorposten mit leichter Mühe zurück; nur die dritte Kolonne traf jenseits Breckendorf auf einigen Widerstand von feindlicher Seite. Es entspann sich hier ein Gefecht, das jedoch bald mit dem Zurückgehen der Dänen endigte, nachdem wir ihnen 5 Gefangene abgenommen hatten. Ob die Dänen und wie viele Todte und Verwundete sie gehabt haben, müssen wir ungesagt lassen. Unsererseits sind 7 verwundet worden, Todte haben wir keine, aber Lieutenant Siemens vom 11. Bataillon und der Musketier Kümpel aus Altona, als Maler und Sänger bekannt, werden vermißt; ob sie in dänische Gefangenschaft gerathen, haben wir bis jetzt noch nicht erfahren können.

Der Winter beginnt bereits die Brücke zu schlagen, über die wir, sobald sie stark genug ist, nicht zaudern werden vorzudringen zu neuem Siegesruhme und zum ehrenvollen Kampfe. Der Feind mag etwas derartiges ahnen, denn schon soll er Anstalten treffen, seine Magazine nach Alsen hinüber zu schaffen und namentlich bei Bau starke Verschanzungen anzulegen. — Ein norwegischer Seeoffizier hat sich in diesen Tagen bei der betreffenden Behörde zum Eintritt in unsere Marine gemeldet. (H. C.)

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 16. Novbr. Der Premierminister soll morgen in der Richtung über Prag verreisen. Dem grundlosen Steigen seit mehreren Tagen folgte heute an und noch mehr auf der Börse ein grundloses Fallen; man hatte freilich den Abschluß des Friedens so sicherlich ausgebeutet, daß die Reaktion eintreten mußte, da noch immer die offizielle Ankündigung der Ausgleichung auf sich warten läßt. 4½ Proz. 81¼, Nordb. 111½. Bankaktien fielen von 1160 auf 1140—42. Wechsel und Comptanten stiegen und blieben zu erhöhter Notiz begehrt. Gold 132, Silber 125, London 12. 18.

Der am 14. d. in Triest eingetroffene Lloyddampfer „Europa" brachte die wichtige Nachricht von Hongkong 27. September: Die Insurgenten gewinnen die Oberhand über die kaiserlichen Truppen.

Italien.

* **Florenz**, 11. Nov. Nach dem Monitore toscano hat der Großherzog das Großkreuz des St. Joseph-Verdienstordens dem Präsidenten der französischen Republik verliehen.

* **Rom**, 8. Novbr. Der vorgestern in außerordentlicher Sitzung versammelte Gemeinderath von Rom hat Herrn von Montalembert durch Akklamation zum römischen Bürger ernannt und eine Medaille mit seinem Brustbilde auszugeben beschlossen. — Die Stelle eines General-Polizeidirektors für die gesammten römischen Staaten ist reaktivirt worden. Der bekannte Herr Rufini hat den wichtigen Posten erhalten.

Frankreich.

× **Paris**, 14. Novbr. [Tagesbericht.] Die Botschaft des Präsidenten hat auch bei dem diplomatischen Corps einen sehr guten Eindruck hervorgebracht. — Fast sämmtliche Repräsentanten der auswärtigen Mächte hatten sich vorgestern Abend in das Elysee begeben, um den Präsidenten zu beglückwünschen. Der Marquis von Normanby, der bekanntlich in einem sehr befreundeten Verhältniß zu Bonaparte steht, war in einem warhaften Enthusiasmus. Außerdem bemerkte man namentlich den lebhaften Beifall des russischen Geschäftsträgers, Herrn v. Kisseleff, der bei dieser Gelegenheit seine diplomatische Zurückhaltung ein wenig abgelegt zu haben schien. Der dänische Gesandte, Graf Moltke, stimmte natürlich in das allgemeine Lob mit ein, schien jedoch nicht von der Nothwendigkeit überzeugt zu sein, von welcher der Präsident in seiner Botschaft gesprochen hat, daß sie ihn veranlassen werde, den König an die den Rechten der Herzogthümer angemessenen Institutionen zu erinnern. Ein einziger Gesandte soll Ursache zur Zurückhaltung gehabt haben, nämlich Hr. Rives, Gesandter der Vereinigten Staaten, der in der Botschaft nur indirekt berührt worden; er hat sich jedoch nichtsdestoweniger seinen Kollegen angeschlossen.

Nur an einer Stelle hat die Botschaft Unzufriedenheit erregt, und zwar — im Elysee. Die „Herren des Elysee" (ein technischer Ausdruck, unter welchem man das Elysee ohne den Präsidenten versteht) finden in der Botschaft Bonaparte's keine Ursache zur Freude. „Wir haben uns unterworfen — sagen sie — das war im Augenblick nothwendig. Aber Nichts ist in der eigentlichen Situation geändert. Keine Schwierigkeit ist gehoben, und morgen wie gestern werden sie angegriffen werden müssen."

In der Besetzung der Gesandtschaftsposten bereiten sich wichtige Veränderungen vor. Hr. Armand Lefebvre, Gesandter in München, ist bestimmt Hrn. v. Persigny in Berlin zu ersetzen. Hr. Lefebvre ist ein Mann von Distinction, ein erfahrener Diplomat von liberaler Gesinnung, mild und versöhnlich. Er wird Frankreich würdig zu vertreten wissen. Er wird in München durch Hrn. Thouvenel, gegenwärtigen Gesandten in Griechenland, ersetzt werden.

Hr. v. Butenval geht nach Turin. Man nannte ihn sonst den häßlichsten unter den Diplomaten; heute kann man ihn in Rücksicht seiner vieljährigen Dienste den Ernstesten unter den Diplomaten nennen.

Die National-Versammlung hat sich bis zum nächsten Donnerstag vertagt.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau**, 16. Novbr. [Von der niederschlesisch-märkischen Eisenahn.] Ueber den Unfall, welcher in der Nacht von Freitag zum Sonnabend auf dieser Bahn sich ereignete, erfahren wir Folgendes. Der Berliner Nachtzug, welcher in Finkenheerd, unweit Frankfurt, mit dem Breslauer Nachtzuge sich kreuzen sollte, fuhr über jene Station hinaus, und traf vor Fürstenberg, dem nächsten Stationsorte, mit dem von hier abgegangenen Bahnzuge zusammen. Glücklicher Weise hatte der Lokomotivführer dies noch zur rechten Zeit bemerkt, und das Bremssignal gegeben. Beide Züge hielten nun in einer Entfernung von ungefähr 800 Schritten inne. Eine Maschine, welche dem Berliner Zuge von Frankfurt aus gefolgt war, stieß jedoch so hart an denselben, daß die Fensterscheiben der Waggons zersprangen. Die Glassplitter flogen den Passagieren ins Gesicht, und brachten einigen derselben unerhebliche Verletzungen bei. Durch die Umsicht des Maschinisten wurde jedes weitere Unglück verhütet.

In den letzten Tagen haben die hier ankommenden Berliner Personenzüge sich mehrmals um einige Stunden verspätet. Der Bahnzug, welcher Sonnabend morgens um 10½ Uhr hierselbst eintreffen sollte, kam erst um 2 Uhr Mittags an; eben so ist der heutige Abendzug statt um 7 um 9¼ Uhr hier angelangt. Die zahlreichen Militär-Beförderungen zwischen Breslau und Berlin sollen diese wiederholten Verspätungen herbeigeführt haben.

Neurode, 17. Novbr. Der hiesige „Hausfreund" meldet: „Die uns zunächst gelegene böhmische Stadt Braunau hat bis heute noch kein Militär als Deckung, sowie die ganze Braunauer Gegend noch unbesetzt ist. Ich war dieser Tage auf einem der Grenzberge, von wo aus man die ganze Braunauer Gegend bis hin gen Friedland übersehen kann."

In dem Kreise Lublinitz, Regierungs-Bezirk Oppeln, ist das für die Einwohner dieses vom polnischen Gebiete in weiter Ausdehnung begränzten Kreises Besorgniß erregende Gerücht verbreitet, daß mit dem 1. Januar 1851 die Grenze gegen Polen von dortiger Seite noch strenger als bisher abgesperrt, und der gegenseitige Verkehr noch mehr erschwert werden solle. Aus dem Kreise Pleß wird angezeigt, daß durch die an der jenseitigen Grenze aufgestellten österreichischen Gendarmen der Personenverkehr und Handel streng überwacht werde. (C. C.)

Berlin, 16. Nov. Dem Kaufmann W. E. Bingel zu Koblenz ist unter dem 13. November 1850 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Korkpfropfen-Schneidemaschine, so weit solche für neu und eigenthümlich erkannt worden, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

*) Die „Const. Z." theilt folgende Stelle aus dem betreffenden Schreiben Vincke's an einen Freund und Gesinnungsgenossen mit: „Nun aber werden wir durch die Kunde plötzlich überrascht, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs endlich zu dem Entschluße sich ermannt hat, die gesammte Wehrkraft des Landes zu den Waffen zu rufen, um den Anmaßungen Oesterreichs würdig entgegen zu treten. **In einem solchen Augenblicke, wo es gilt, Alles an Alles zu setzen, kann meiner Ueberzeugung nach, nur das eine Gefühl alle Parteien durchdringen, eingedenk des preußischen Namens, jeder an seinem Platze nach Kräften für die gute und gerechte Sache des Vaterlandes zu wirken, und dieser obersten Pflicht alle untergeordneten Bedenken zum Opfer zu bringen:** um so mehr, als es nicht um ein selbsüchtiges Interesse Preußens sich handelt, sondern um die Rettung Deutschlands von der Schmach rechtloser Willkür und schnöden Absolutismus. Ueberzeugt daher, daß auch jetzt wieder, wie zu Anbeginn des verflossenen Jahres, die Nation die Verfassung nachträglich gutheißen wird, um der Rettung des Vaterlandes willen, nehme ich Abstand von meiner seitherigen Weigerung, eine Wahl anzunehmen, und stelle mich für den Fall, daß man irgendwo dieselbe auf mich lenken sollte, zur Disposition. Ich denke selbstredend nicht daran, und verwahre mich feierlichst gegen eine solche Auffassung — mit diesem Schritte irgendwelche Ostentation treiben zu wollen; ich bin von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das Vaterland weit größere und ganz andere Anforderungen an uns Alle stellen wird; ich wünsche nur, nach geringen Kräften, mein Scherflein beizutragen zu der Einigung aller Meinungsschattirungen und Parteizwiste gegenüber den Gefahren, welche dem gemeinsamen Ganzen drohen, und den Vorwurf von mir abzuwälzen, daß ich in einem solchen Momente, nur der Ueberhebung persönlicher Consequenz willen, hinter dem Ofen sitzen geblieben sei."

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.
Kaufm. Dessauer aus Brüssel. Kaufm. Bünau aus Warschau kommend. Gutsbes. Schubert aus Görlitz. Herr Michetzky aus Petersburg. Graveur Wartig aus Leipzig. Frau v. Eickstedt aus Kosel. Landrath Baron von Zedlitz aus Tschischkowitz. Baron v. Dallwig aus Berlin kommend.

Börsenberichte.

Berlin, 16. November. Die Börse war heute in flauer Haltung und die meisten Effekten erfuhren einen erheblichen Rückgang, doch stellten sich später durch einige reele Käufe mehrere derselben wieder merklich besser. Bei einigen Spekulanten scheint die Ansicht vorherrschend, die Regierung würde den politischen Strömungen, welche sich namentlich durch beschlossene Adressen in mehreren konstitutionellen Vereinen kund gegeben, nicht widerstehen können!

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 90 à 89 bez., Priorität 5% 100 Br. Krakau-Oberschlesische 4% 58 Br., Priorität 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 33 à 32½ bez., Priorität 5% — — Niederschlesisch-Märkische 3½% 76 bez., Prioritä 4% 89½ Br., Priorität 5% 100 Br., Serie III. 5% 98 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 103 bez., Litt. B. 3½% 97 bez. und Gld. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 101 à 100 bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 79½ à ¾ bez. und Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 119½ Br. Posener Pfandbriefe 4% 97¾ Gld., 3½% — — Preußische Bank-Antheile 87 à ½ bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94 Gld., neue 4% 93½ bez. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 79 Br., à 300 Fl. 138 Br.

Wien, 16. November. Fonds und Aktien vor der Börse beliebt (4½% Metall. bis 81¾ und Nordbahn bis 112¼ gemacht), gingen an der Börse bis 81$\frac{3}{16}$ und 111⅜ zurück, um wieder fester zur Notiz zu schließen. Comptanten und Wechsel haben wieder bedeutend angezogen; doch blieben erstere zuletzt angeboten.

5% Metalliques 93 bis ⅛, 4½% 81$\frac{5}{16}$ bis ⅜; Nordbahn 111⅝ bis ¾: Hamburg 2 Monat 183½; London 3 Monat 12. 15.; Silber 124½.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.